schulen in Berlin, Hannover und Düsseldorf, um sich für den Unterricht im gewerblichen Zeichnen auszurüsten. Eine Anzahl Techniker, die Anlage und Neigung zum Lehrerberufe zeigen, wurden für den Unterricht in den Fachschulen ausgebildet. Ein Seminar für Fortbildungsschullehrer ist mehrfach angeregt worden. Auch für die Herstellung brauchbarer Lehrmittel giebt die Verwaltung werthvolle Anregungen. Vor Allem aber ist sie sich bewußt, daß alle diese Ziele ohne Hergabe bedeutender Mittel sich nicht erreichen lassen.

Wenig beachtet finden wir in der Denkschrift nur die neueren Forderungen, welche an den Unterricht in den Fortbildungsschulen gestellt worden sind und die wirthschafts- und rechtskundliche Ausbildung des jungen Geschlechts betreffen. Nur unter den Gegenständen der vollentwickelten Anstalten werden auch diese Gegenstände aufgezählt. Und gänzlich übersehen scheint das weibliche Fortbildungswesen zu sein, vielleicht aus dem Grunde, weil kein Ressort sich dafür recht verantwortlich fühlt. Selbst Berlin hat gegenüber seinen 16,000 männlichen Fortbildungsschülern nur 3000 Schülerinnen, und in den Provinzialstädten wird an derartige Anstalten für die weibliche Jugend der arbeitenden Klassen vielfach noch gar nicht gedacht, während doch selbst Frankreich schon 1885 30,000 Fortbildungsschülerinnen hatte und eine Reihe deutscher Staaten die Mädchenfortbildungsschule als obligatorische Staatseinrichtung besitzt.

Preußen war einer der ersten größeren Staaten, welche die Schulpflicht bis zum 14. Jahre zur vollen Durchführung brachten. Auf dem Gebiete der Fortbildungsschule ist dieser Ruhm nicht mehr zu erwerben, sondern fürs Erste nur noch Versäumtes nachzuholen. Die Denkschrift führt mit Recht den Ausspruch eines einsichtigen Franzosen an, wonach die am besten unterrichtete Industrie heute die stärkste ist. Die sozialen Fragen sind zum großen Theile Bildungsfragen. Nur durch größere Leistungen auf gewerblichem Gebiete, die ohne tüchtige allgemeine und Fachbildung nicht denkbar sind, können weitreichende gesellschaftliche Fortschritte herbeigeführt werden. Unsere Volksbildungsanstalten aber erscheinen ohne die allgemein durchgeführte Fortbildungs- und Fachschule unvollendet und müssen sich ihre höchsten Leistungen versagen, solange sie die Jugend vom 14. Jahre an sich selbst überlassen.

---

* Die beiden **Reden des Kaisers**, welche derselbe in **Düsseldorf** und **Köln** gehalten hat, liegen nunmehr auch im „Reichsanzeiger“ vor. Die letztere ist in der Fassung wiedergegeben, in welcher wir dieselbe gestern Abend abgedruckt haben. Die Düsseldorfer Rede weicht von unserer (ausführlicheren) Wiedergabe in der Nummer vom Dienstag Abend fast gar nicht ab; nur einige, noch dazu ganz kleine und unbedeutende, den Sinn nicht beeinflussende redaktionelle Aenderungen sind in der Fassung des „R.-Anz.“ vorgenommen worden. Die in der von uns am Dienstag Morgen mitgetheilten Depesche und ebenfalls in der Nr. 371 der „Kölnischen Zeitung“ vorkommenden Worte: „Einer ist Herr im Lande, und der bin ich. Keinen anderen werde ich dulden“ finden sich in dem Berichte des „Reichsanzeigers“ nicht, sind also amtlich als **nicht gesprochen anzusehen.**

---

* **Aus dem Abgeordnetenhause.** Die gestern fortgesetzte Berathung über den Etat des Kultusministeriums war insofern nicht ohne gewisse Bedeutung, als sie dem neuen Chef der Unterrichtsverwaltung Gelegenheit gab, sich gewissen Anmuthungen gegenüber mit einer sehr löblichen Klarheit zu äußern. Der freikonservative Abgeordnete Lohren hatte nämlich den wenig guten Geschmack die Kabinetsordre vom 1. Mai 1889 in die Debatte hineinzuziehen, um an diese die weitgehendsten Bemerkungen über den falschen Entwickelungsgang zu knüpfen, den unser gesammtes Volksschulwesen genommen. Er wetterte gegen die Verjumpfung des Lehrerstandes, gegen seine Hinneigung zur Sozialdemokratie, gegen die in erziehlicher Hinsicht verschlechterte Lehrmethode, welche eine zuchtlose Jugend heranwachsen lasse, und er faßte den Inhalt seiner Rede in die Worte zusammen: „Mehr Weisheit, aber nicht mehr Wissen.“ Diesem Heißsporn erwiederte nun der Minister in einer durch ihre Sachlichkeit überaus wohlthuend wirkenden Rede. Er wies die vom Abgeordneten Lohren gegen den Lehrerstand im Allgemeinen gerichteten Vorwürfe und Anschuldigungen als unbegründet zurück und warnte davor, die wahre Bildung für gewisse mit ihr verbundene Auswüchse verantwortlich zu machen. Gegen bestehende Mängel ist die Verwaltung keineswegs blind; allein es hieße der Verwaltung Unmögliches zumuthen, wenn man ihr die Aufgabe ertheile, allen Bildungsmängeln zu begegnen. Vor Allem solle man sich davor hüten, immer wieder sozialdemokratische Schreckgespenster an die Wand zu malen. — Im Verlaufe der Debatte wurde dann die Schulreformfrage der höheren Unterricht sonstalten einer Erörterung unterzogen. An derselben betheiligten sich die Abgeordneten Langerhans, Kropatschek, Würmling, Lohren sowie der Kultusminister. Man kann indessen nicht behaupten, daß irgend welche neue Gesichtspunkte hervorgetreten sind. Bemerkenswerth war nur die zu wiederholten Malen abgegebene ministerielle Erklärung, daß an eine Trennung der kirchlichen und Unterrichtsverwaltung unter seiner Amtsführung nicht zu denken sei. Die Kirchen- wie die Schulverwaltung müßten sich vertragen. Der Minister versprach, dafür Sorge tragen zu wollen, daß der Schule kein Schaden geschehen solle, und daß andererseits alle konfessionellen Rechte nach Möglichkeit gewahrt werden würden. Graf Zedlitz glaubt, allen diesen vielfach widerstrebenden Interessen gerecht werden zu können — möge ihm ein gütiges Geschick die Durchführung dieser seiner vom besten Wollen zeugenden Absichten erleichtern. Der Minister glaubt, daß solch ein Weg vorhanden sei, wenn sich beide (Schul- und Kirchenverwaltung) verständigen. Aber diesen Verständigungsweg sucht die preußische Staatsregierung seit 1817 vergebens, weil sie sich von dem Gedanken nicht freimachen kann, daß eine Bevormundung der Volksschule durch die Kirche unumgänglich nöthig sei. Es zeugt in jedem Falle von einer großen Zuversicht, wenn ein preußischer Kultusminister die Erklärung abgiebt, eine solche Durchfahrt zwischen Kirchen- und Schulverwaltung gefunden zu haben. „Uebers Jahr, übers Jahr, wenn ich wiederum kommt“ — nämlich mit der neuen Volksschulgesetzvorlage, da werden wir's ja sehen, wie es mit dieser Durchfahrt beschaffen ist.

---

* Der **Reichstag** führte gestern, nachdem der Gesetzentwurf über das Reichsschuldbuch endgiltig angenommen war, die dritte Berathung der Gewerbeordnungsnovelle zu Ende. In § 120d wurde das Beschwerdeverfahren gegen Verfügungen der Polizeibehörde etwas anders geordnet, auch den Berufsgenossenschaften eine gewisse Mitwirkung geschehen. In § 120e wurde die Befugniß des Bundesraths, für solche Gewerbe, in welchen durch übermäßige Dauer der täglichen Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird, die Dauer der täglichen Arbeitszeit und der zu gewährenden Pausen vorzuschreiben, schärfer dahin gefaßt, daß auch Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit vorgeschrieben werden kann. Der § 121b, welcher von der fixirten Entschädigung im Falle des Kontraktbruchs handelt, wurde nach den Beschlüssen der zweiten Lesung angenommen. Eine längere Debatte erhob sich über § 134b. Zu demselben war in zweiter Lesung unter dem lebhaften Widerspruche namentlich des Abgeordneten v. Stumm und der Regierungsvertreter die von der Kommission beschlossene Bestimmung angenommen worden, daß Geldstrafen, welche in der Arbeitsordnung vorgesehen werden, den ortsüblichen Tagelohn nicht übersteigen dürfen, während ein Antrag v. Stumm statt dessen den durchschnittlichen täglichen Arbeitsverdienst setzen wollte. Gestern lag nun folgender Antrag vor: „Geldstrafen dürfen die Hälfte des durchschnittlichen Tagesarbeitsverdienstes nicht übersteigen; jedoch können Thatlichkeiten gegen Mitarbeiter, erhebliche Verstöße gegen die guten Sitten, sowie gegen die zur Aufrechterhaltung der Ordnung des Betriebes, zur Sicherung eines gefahrlosen Betriebes oder zur Durchführung der Bestimmungen der Gewerbeordnung erlassenen Vorschriften mit Geldstrafen bis zum vollen Betrage des durchschnittlichen Tagesarbeitsverdienstes belegt werden. Alle Strafgelder müssen zum Besten der Arbeiter der Fabrik verwendet werden.“ Abgeordneter Hitze bezeichnete diesen Antrag als Kompromiß, weil nach Ablehnung des § 153, bei welcher seine Fraktion unter allen Umständen verharren werde, zu befürchten sei, daß ohne eine erweiterte Grenze des Strafmaßes die Regierungen das Gesetz für unannehmbar erklären würden. Im Uebrigen sei durch die Fassung des Antrags die Strafgrenze für die geringen Vergehen noch niedriger gesetzt, als in der zweiten Lesung. Abg. v. Stumm erklärte, nur mit schwerem Herzen auf diese Abschwächung seines Antrags eingehen zu können, und auch Minister v. Berlepsch bezeichnete den Standpunkt der Regierung dahin, daß sie die einheitliche Maximalgrenze des durchschnittlichen täglichen Arbeitsverdienstes dem gegenwärtigen Antrage vorgezogen haben würde. Wenn sie aber, um die Wohlthaten des Gesetzes dem Arbeiterstande nicht länger vorzuenthalten, das Kompromiß acceptire, so müsse er doch ausdrücklich erklären, daß die Regierung schärfere Strafbestimmungen gegen den Zwang zum Streik und gegen die öffentliche Aufforderung zum Kontraktbruch nach wie vor für unerläßlich halte, und daß deshalb der Reichstag darauf gefaßt sein müsse, später von Neuem vor diese Frage gestellt zu werden. Dagegen wandten sich der freisinnige Abgeordnete Hirsch und mehrere Sozialdemokraten. Der soziale Frieden werde durch diese Erklärung nicht nur nicht gefördert, sondern von Neuem gestört werden. Besonders lebhaft wandten sich die Sozialdemokraten gegen den Hinweis des Ministers auf die letzten Streiks in Rheinland-Westfalen, indem sie behaupteten, daß dieselben von den sozialdemokratischen Führern widerrathen, von den Arbeitgebern aber geschürt seien. Dieser Behauptung traten Minister v. Berlepsch und der Abgeordnete Möller entgegen. Der Kompromißantrag wurde angenommen; doch stimmten von den Freisinnigen nur sehr wenige Mitglieder für denselben. Der Rest der Vorlage erfuhr nur noch unwesentliche Aenderungen. Ein Versuch, den Spinnereien betreffs der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter eine Uebergangszeit zu gewähren, drang nicht durch. Die Gesammtabstimmung über das Gesetz wird in der nächsten Sitzung vorgenommen werden. Dieselbe ist Freitag und hat außer kleineren Gegenständen die Zuckersteuer auf der Tagesordnung.

---

* Es ist jetzt beschlossen, den **Reichstag vor Pfingsten nicht zu schließen**, sondern, um die Vorarbeiten für die Krankenkassengesetz nicht verloren gehen zu lassen, wieder bis Herbst zu vertagen. Die am 6. Mai 1890 eröffnete Reichssession, die schon einmal, vom 8. Juli bis 18. November, längere Vertagung gesehen, wird also auch noch den ganzen nächsten Winter über dauern. Das ist auch eine vom Gegenkartellreichstag eingeführte Neuerung, daß die Sessionen überhaupt nicht mehr einem regelmäßigen Ende kommen, sondern immer eine in die anderen aufgeht. In früheren Zeiten waren solche Vertagungen nur in ganz seltenen besonderen Fällen vorgekommen. Jetzt scheint sie zu einer ständigen Einrichtung werden zu sollen, die nicht mehr formell, sondern auch praktisch mancherlei Bedenken gegen sich hat. Wir werden es noch erleben, daß die ganze Legislaturperiode in ihrer fünfjährigen Dauer aus einer einzigen Monstrumsession besteht.

---

* Das französische ultramontane Hauptblatt „Univers“ weiß dem Inhalt der **päpstlichen Encyclica** vom 1. Mai über **soziale Frage** einige anscheinend nicht unwichtige Andeutungen zu machen. Es erhellt aus denselben, daß auch der Papst in Lösung dieser brennendsten Frage des Jahrhunderts nicht weiter vorgedrungen ist als die übrigen Sterblichen. Er will der „theilenden Gerechtigkeit“ die Wege bahnen. Das wollen auch anderen Sozialpolitiker — allein das Peinliche ist eben, daß mit der Durchführung dieses Grundsatzes bisher so wenig Glück hat. Der Papst spricht sich, nach den Mittheilungen des „Univers“, „gegen die Ausschreitungen des Kapitals, gegen die übertriebenen Anforderungen von Reichthümern, aber auch gegen die ungerechten Forderungen des Sozialismus“ aus. Er will ferner „die sozialen Gesetze in einer höheren und synthetischen Lehre vereinigen.“ Richtigkeit dieser Inhaltsangabe vorausgesetzt, müßte man sagen, daß sich hinter diesen Worten nichts oder nur sehr wenig Greifbares verbirge. Ebenso unbestimmt spricht sich der Papst über der Frage der Staatsintervention aus. Er ist weder unbedingter Freund, noch ein unbedingter Gegner des Staatssozialismus; er tritt vielmehr für die „Opportunität“ der Staatseinmischung unter gewissen gegebenen „Verhältnissen und Bedingungen“ ein. Also: „der Staatssozialismus soll kein Prinzip sein, sondern vielmehr nur eine den jeweiligen Bedürfnissen eines Staates angepaßte praktische Maßregel“. Als die Grenze dieser Staatseinmischung und die Regelung gewisser sozialer Zustände bezeichnet der Papst „die Festsetzung der Arbeitsstunden“, also Einführung eines Maximalarbeitstages, die Feststellung eines Minimallohnes, ferner die Regelung der Frauen- und Kinderarbeit und endlich „die Sorge für die gesundheitlichen Verhältnisse in den Fabriken“. In der Forderung eines Maximalarbeitstages und eines Minimalarbeitslohnes liegt freilich die ganze unumwundene Anerkennung eines der obersten sozialistischen Grundsätze. Wenn also das französische Blatt richtig unterrichtet ist, dann hat sich der Papst mit dieser seiner Encyclika ganz offen zu der sozialistischen Lehre von dem Recht auf Arbeit und folgerichtig von dem Recht auf einen Mindestlohn bekannt.

---

haben ihre Namen oder den ihrer Liebsten eingegraben. Es ist der Lebensbaum und fast 200 Jahre alt. Die Leute glauben, wer an diesem Baume steht, lebt lange.“

„Aha,“ lachte Rassow ärgerlich — „es ist eine Art Visitenkarte, die man bei unserem Herrgott mit einer guten Empfehlung abgiebt — oder eine Lebensversicherung ohne Risiko — Vorwärts“, unterbrach er sich plötzlich und wandte sich befehlend zu den Arbeitern, „schlagt den Baum um, Leute!“ Die Beiden sahen einander an und rührten sich nicht. Der Baron wurde ungeduldig, „Vorwärts!“ rief er rauh.

„Es geht nicht,“ sagten die Beiden wie aus einem Munde. Rassow riß dem einen seine Axt aus der Hand und ging mit starken Schritten an den Baum.

„Passen Sie auf, meine Herren,“ sagte er kaltblütig, „der heilige Wunfried wird seine Freude an mir haben;“ er holte zu einem mächtigen Schlage aus, die Axt fuhr sausend in das Holz. In demselben Moment wankte er und packte krampfhaft seine linke Hand. Durch den Wald hallte ein unterdrückter Schrei, aber die Männer achteten nicht darauf. Betroffen drängten sie sich um den lecken Lästerer.

„Es ist nichts,“ beruhigte sie dieser und schüttelte seine Hand, aus der das Blut unaufhörlich herausströmte.

„Der Stiel war schlecht, die Schneide brach ab und fuhr mir in die Finger — gebt mir ein nasses Tuch!“

„Dort ist das Fräulein,“ räusperte sich Jochen.

Der Baron wandte sich. Alle sahen nach dem Mädchen, welche sich nicht vom Flecke bewegte. Der Baumeister eilte auf sie zu.

„Schnell Ihr Taschentuch, Fräulein,“ bat er, „vielleicht verbinden Sie selbst — Sie haben eine leichtere Hand.“

Anna langte mechanisch nach ihrem Tuche. „Hier“, sagte sie leise. „Wollen Sie nicht selbst?“ drängte der Andere.

„Nein,“ rief das Mädchen bestimmt, aber am ganzen Leibe zitternd, „nicht ich — nicht ich —“

Der Ingenieur entfernte sich, etwas zwischen den Zähnen murmelnd, das wie „hochnäsiges Ding“ klang.

Nach einen Moment verweilte das Mädchen, dann verschwand sie hinter den Bäumen und lief schluchzend den Waldpfad entlang. „Du hast Deinen Willen, Mutter,“ weinte sie laut, „ich durfte nicht anders — Gott stehe mir bei.“

Der Baron warf das Tuch verächtlich zu Boden und goß sich das Wasser über die Hand, welches ihm Jochen in seiner Mütze gebracht hatte.

„Fällt den Baum!“ sagte er rauh . . . .

(Fortsetzung folgt.)

Theater, Kunst, Wissenschaft.

Schw. Am Sonntag, den 10. Mai in früher Morgenstunde findet ein **Vorübergang des Planeten Merkur über die Sonnenscheibe** statt. Dieses astronomische Schauspiel wird in seinem ganzen Verlaufe nur in Auftreten und der östlichen Hälfte Asiens, das Ende desselben dagegen auch für die Bewohner des östlichen und centralen Europas sichtbar sein.

Bei Erhebung der Sonne über den Horizont von Berlin um 4 Uhr 15 Minuten Morgens befindet sich Merkur schon auf der Sonnenscheibe, und zwar im südlichen Theile derselben. Für den Anblick mit bloßem Auge (im Gegensatze zur Besichtigung im Fernrohr) bewegt er sich als dunkler, kreisrunder Punkt in südwestlicher Richtung über das glänzende Tagesgestirn hinweg und erreicht seinen Austritt etwa 1 bis 1½ Stunden nach Aufgang des letzteren. Genauer hat man bei diesem Austritt die beiden Momente zu unterscheiden, in welchen der innere und der äußere Sonnenrand von dem Merkurscheibchen berührt werden. Auf Grund der Vorausberechnung erfolgt für Berlin der innere Kontakt um 5 Uhr 32 Minuten 53 Sekunden, der äußere um 5 Uhr 41 Minuten 54 Sekunden Morgens.

Die genannte zeitliche Festlegung dieser Momente ist die Hauptaufgabe, welche der astronomischen Wissenschaft bei Beobachtung dieses Phänomens gestellt ist; denn die vorausbestimmten Zeiten werden sich nicht vollständig mit den beobachteten decken, da man schwerlich erwarten darf, daß die der Rechnung zu Grunde gelegten Elemente der Merkur- und Erdbahn frei von Fehlern seien. Gelingt es, an möglichst zahlreichen Stationen, die kleinen Abweichungen zwischen Beobachtung und Rechnung festzustellen, so läßt sich daraus eine Verbesserung der ursprünglich angenommenen Rechnungselemente erzielen, es wird also so eine wertvolle Vervollständigung unserer Kenntniß der himmlischen Bewegungen gewonnen. Solche Durchgänge sind ferner sehr geeignet, um den scheinbaren Durchmesser des Merkur zur Zeit seiner unteren Konjunktion zu messen. Bezüglich der Bestimmung der Sonnenparallaxe, d. h. der Entfernung unserer Erde von der Sonne, besitzen die Merkurdurchgänge keine so große Tragweite und Bedeutung wie die Venusvorübergänge, sie dürften aber immerhin auch zu diesem Problieme eine Ergänzung liefern.

Das Schauspiel eines Merkurdurchganges ist durchaus kein seltenes, es wiederholt sich durchschnittlich 13 Mal im Jahrhundert, während Venus nur in abwechselnden Intervallen von 105½, 8, 121½, 8 Jahren mit dem Tagesgestirn zur Deckung kommt. Wir haben den nächsten Merkurdurchgang schon am 10. November 1894 zu erwarten, dagegen trifft der nächste Venusdurchgang erst auf den 7. Juni 2004.

Das Zustandekommen dieser Erscheinung ist bei den zwei inneren Planeten von zwei Bedingungen abhängig; es muß sich nämlich der Planet nahe in unterer Konjunktion mit der Sonne befinden, und andererseits muß er nahe dem Knotenpunkte seiner Bahn stehen, das heißt nahe dem Punkte, in welchem seine Bahn die Ekliptik durchschneidet. Die Erfüllung beider Bedingungen und rasche Wiederholung derselben tritt bei Venus viel seltener ein, als bei Merkur, weil das Centralgestirn schneller umkreist als die erstere.

Mit bloßem Auge ist das kleine dunkle Merkurscheibchen vor strahlenden Sonne nicht sichtbar; es bedarf zur Beobachtung eines ziemlich großen Fernrohres und der nöthigen Vorsichtsmaßregeln für das Auge.

Alle diejenigen Freunde der Sternkunde, welche der Beobachtung dieser interessanten Erscheinung einige Morgenstunden opfern wollen werden — klares Wetter vorausgesetzt — hierzu auf der Sternwarte der Urania Gelegenheit haben.

Aus der Residenzstadt Weimar wird uns geschrieben: Die erste Woche wurde am Montag mit dem ersten Theil von Goethes „Faust“ in der Devrientschen Bearbeitung und der Musik von Lassen eingeleitet. Der Vorstellung, welche 5½ Stunden in Anspruch nahm, wohnte die Frau Erbgroßherzogin mit mehreren Damen des Hofes bei. Dekoration und Rollenbesetzung waren dieselben wie im vorigen Jahre; in letzter Stunde wurde auch noch die Partie des Mephisto, für den Herr Holthaus aus Hannover in Aussicht genommen war, einem Weimarer Künstler, Herrn Wachtel, zugetheilt, der auch vor einem Jahre spielte. Der Faust des Herrn Beck gefiel weiter nicht zu den Glanzrollen an unserer Hofbühne. Niemand hat die Mühe und den Fleiß, welche den Künstler auf die Einstudierung verwendet, trotz alledem liefert er nur eine schablonenhafte Figur, die zwischen harmonianer Sentimentalität und deklamatorischem Pathos herumschwankte. Dagegen ist Frau Wiecke-Halberstadt noch immer ein glaubwürdiges Gretchen, und auch Herr Wachtel gab den Mephisto im Ganzen mit gutem Gelingen. Lebendige Erwähnung verdient noch das temperamentvolle Spiel des Herrn Wegner als Valentin. Das Haus wies keinen stärkeren Besuch auf als an einem gewöhnlichen Sonntag. Am Dienstag, in Anwesenheit des Großherzogs und des Erbgroßherzogs, der zweite Theil „Faust“. Die Ausstattung war, wie dies hier bereits traditionell geworden ist, reich und geschmackvoll, die zahlreichen Verwandlungen auf der Szene vollzogen sich exakt und ohne jeden störenden Zwischenfall. Soweit die schauspielerische Individualität in zum Theil des Musterinms noch in Frage kommt, verdienen die Herren Wachtel (Mephisto), Wegner (Kaiser) und Wiecke (Baccalaureus) sowie Fräulein Jenicke (Helena) Anerkennung. Der Faust (Herr Brode) war heute vollständig heiser und zeitweilig ganz unständlich.

Von der Generalintendanz ist das Programm für die Säkularfeier noch um einen weiteren Festabend bereichert worden. Am Mittwoch den 11. d. M. wird sich dem bereits bekannt gegebenen Cyklus von Vorstellungen noch eine Aufführung von Wagners „Lohengrin“ anschließen. Es ist damit gewissermaßen ein Versäumniß nachgeholt worden, da die Wagnerschen Werke mit den drei letzten Jahrzehnten der Weimaraner Theatergeschichte eng verknüpft sind. Von Weimar aus wurde Wagner eigentlich erst die deutsche Bühne erschlossen.

Der Streik in Belgien.

(Von unserem Korrespondenten.)

Antwerpen, 5. Mai.

Während der Generalrath der Arbeiterpartei erst kürzlich gegen den allgemeinen Streik Stellung nahm und denselben als für den Augenblick inopportun bezeichnete, unterliegen die sozialistischen Führer nichts, was die Arbeiter verhindern sollte, von sofortigen Ausbruch des Streiks veranlassen könnte. Die Kohlengräber von Patural z. B. wurden von diesen Hetzern bereits am Samstag davon in Kenntniß gesetzt, daß der Streik am Montag ausbrechen würde, und die kooperative Bäckerei von Patural zu Ende. Die Mitglieder, daß von diesem Tage an die Gratis-Austheilungen von Brod beginnen würden. Der Streik war also im Geheimen bereits entschieden, obwohl man noch am Sonntag öffentlich sich dagegen aussprach. Aehnliche Dinge waren im Bassin von Charleroi konstatiren, wieselbst der revolutionäre Geist unter der Arbeiterbevölkerung noch niemals so deutlich und offen zu Tage getreten.